

Serap Güler, CDU

Wahlkreis 92, Köln I

... Fluglärm kann gesundheitliche Auswirkungen haben, doch aktuelle Studien sehen keinen Anlass für eine Änderung der Grenzwerte. Die WHO-Empfehlung von 40 dB ist schwer umsetzbar, da sie auch allgemeines Wohlbefinden einbezieht. Wichtige Unterscheidungen bestehen zwischen Dauerschall und einzelnen lauten Überflügen.

„Dennoch ist mir bewusst, dass der Fluglärm, insbesondere nachts, für viele Menschen eine erhebliche Belastung darstellt. Ich werde mich daher für eine sachgerechte Überprüfung bestehender Lärmschutzmaßnahmen einsetzen und mich dafür stark machen, dass innovative Lärminderungsmaßnahmen weiterentwickelt und gefördert werden. Zudem muss der Dialog mit der Anwohnerschaft intensiviert werden, um praktikable und wirksame Lösungen zu finden, die sowohl den Schutz der Gesundheit als auch die wirtschaftliche Bedeutung des Flughafens berücksichtigen. ...

Der Flughafen Köln/Bonn hat eine besondere Rolle im deutschen Luftverkehr, da er als größter Flughafen mit unbeschränktem Nachtflugbetrieb sowohl für Passagier- als auch für Frachtflüge zugelassen ist. Dies unterscheidet ihn von anderen deutschen Großflughäfen, an denen teilweise oder vollständige Nachtflugverbote gelten.

Die Betriebsgenehmigung und die Frage nach einem möglichen Nachtflugverbot wurden über die Jahre mehrfach gerichtlich überprüft, zuletzt durch das Bundesverfassungsgericht. In keinem dieser Verfahren wurde festgestellt, dass der unbeschränkte Nachtflugbetrieb gegen Artikel 3 des Grundgesetzes oder andere rechtliche Vorgaben verstößt. Damit wurde die bestehende Betriebsgenehmigung in ihrer jetzigen Form rechtlich bestätigt.

Gleichzeitig verstehe ich, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger durch den Nachtfluglärm stark beeinträchtigt fühlen.“

Elisabeth Winkelmeier-Becker, CDU

Wahlkreis Rhein-Sieg I

„Die Entlastung von Fluglärm, insbesondere von nächtlichem Fluglärm am Flughafen Köln/Bonn gehört zu den wichtigen regionalen Themen meiner Arbeit. In den vergangenen Jahren standen wir dazu ja auch mehrfach in Kontakt; außerdem war ich im Austausch mit der "Bundesvereinigung gegen Fluglärm", mit Vertretern der Fluglärmkommission am Flughafen und mit der Ärzteinitiative gegen nächtlichen Fluglärm. Mediziner und Epidemiologen weisen schon seit Jahrzehnten auf die gesundheitsgefährdenden Auswirkungen von nächtlichem Fluglärm hin, der inzwischen durch zahlreiche wissenschaftliche Studien bewiesen ist.

Auf Ebene der Bundespolitik hat es in Zeiten der Ampel-Regierung keine Vorstöße für mehr Lärmschutz gegeben.

...

Mir ist durchaus bewusst, dass der Flughafen Köln/Bonn eine große Bedeutung für die Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze in der Region hat. Das muss aber in einem fairen Ausgleich zwischen den wirtschaftlichen Interessen und den berechtigten Anliegen der vom Fluglärm betroffenen Anwohner nach Lärmschutz insbesondere in der Nacht stehen.“

Rebecca Stümper, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wahlkreis Rhein-Sieg I

„Ich werde mich in Berlin für eine deutliche Reduzierung der Belastung durch Fluglärm einsetzen durch ...“

Verbindliche Lärminderung: Klare Reduktionsziele mit überprüfbaren Maßnahmen statt unverbindlicher Vorgaben.

Nachtflugbeschränkung: Striktes Nachtflugverbot für Passagierflüge, erweiterte Ruhezeiten für Fracht.

Fluglärmgesetz reformieren: Strengere Grenzwerte, mehr Bürgerbeteiligung, rechtlich einklagbarer Lärmschutz.

Mediation vor 2030: Neugenehmigung des Flughafens nur mit Bürgerbeteiligung.

Bund in der Pflicht: Staat als Miteigentümer muss aktiv Lärmschutz fördern und Betriebszeiten überdenken.

„Die Gesundheit der Menschen muss Vorrang haben. Der Flughafen Köln/Bonn kann sich nicht dauerhaft einer Entwicklung entziehen, die an anderen deutschen Flughäfen bereits Realität ist.“

Nyke Slawik, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wahlkreis Leverkusen – Köln IV

Gesundheitliche Folgen: die WHO empfiehlt 40 dB nachts, in vielen Wohngebieten Köln/Bonn werden aber nachts bis zu 80 dB gemessen.

Einzigster Großflughafen mit 24/7-Betrieb: Andere Flughäfen z.B. in Düsseldorf, Frankfurt, Berlin, Hamburg und München haben Nachtflugverbote oder -beschränkungen, gleichwertiger Gesundheitsschutz könnte aus Art. 3 GG folgen.

Betriebsgenehmigung endet 2030: die bisherigen, schwachen Auflagen zum Nachweis einer langfristigen Lärminderung wurden nicht umgesetzt und sind für ein nachvollziehbares Lärmmonitoring nicht geeignet; im Gegenteil: der Fluglärm hat weiter zugenommen!

Bund als Miteigentümer: Der Bund hat maßgeblichen Einfluss im Aufsichtsrat.

Roman Schulte, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wahlkreis Köln I

„Die GRÜNEN sind für eine strikte Nachtruhezeit zwischen 22:00 Uhr und 6:00 Uhr an allen großen Verkehrsflughäfen, also auch in Köln-Bonn. In dieser Zeit müssen Starts und Landungen auf das absolute Minimum reduziert werden. Ausnahmen sehen wir lediglich vor für medizinische Notfallflüge, Such- und Rettungseinsätze sowie humanitäre Transporte. Ähnliche Regelungen gelten ja z.B. Frankfurt aktuell auch. Ich werde mich persönlich dafür einsetzen, diese Regelungen so streng wie möglich auszugestalten und in etwaigen Koalitionsverhandlungen nicht aufzuweichen.“

... Wir werden das Fluglärmschutzgesetz novellieren und die Lärmgrenzwerte verschärfen, um Anwohnende besser zu schützen. Ich würde mich freuen, diese Gesetzesinitiative persönlich mitverhandeln zu können.“

Der Bund ist in der Pflicht: Staat als Miteigentümer muss aktiv Lärmschutz fördern und Betriebszeiten überdenken.

„Die Gesundheit der Menschen muss Vorrang haben. Der Flughafen Köln/Bonn kann sich nicht dauerhaft einer Entwicklung entziehen, die an anderen deutschen Flughäfen bereits Realität ist.“

Sebastian Hartmann, SPD

Wahlkreis Rhein-Sieg I

„Der Schutz der Gesundheit der Menschen in unserer Region hat oberste Priorität. Deshalb befürworte ich eine deutliche Reduzierung von krankmachendem Lärm. Am Flughafen Köln/Bonn soll ein Nachtflugverbot für Passagierflüge gelten, während die nächtlichen Frachtflüge auf ein notwendiges Minimum begrenzt werden. Gleichzeitig müssen wir gezielt in die Sanierung unserer Bahnstrecken und Autobahnen investieren, um Lärm- und Erschütterungsbelastungen zu verringern. Dies fordere ich seit Jahren nachdrücklich - auch in den Jahren als Mitglied des Verkehrsausschusses im Deutschen Bundestag. (2013-2018). Mein Ziel ist eine bessere Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger sowie eine moderne, nachhaltige Verkehrsinfrastruktur.“